

Niederschrift

Gremium	Sitzung - StBV/023(IV)/06			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss f. Stadtentw., Bauen und Verkehr	Donnerstag, 15.06.2006	Mensa Baudezernat , An der Steinkuhle 6	17:00Uhr	21:35Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 11.05.2006
- 4 Beschlussvorlagen
 - 4.1 Schönebecker Straße 122 ff.
Vorlage: DS0210/06
 - 4.2 Grundsatzabschluss zur langfristigen Nutzung und Sanierung des soziokulturellen Zentrums (ehemaliges Gutshaus bzw. Grundschule in Sohlen)
Vorlage: DS0165/06

- 4.2.1 Änderungsantrag Haushaltsplan 2006 / CDU-Fraktion
Vorlage: DS0464/05/48

- 4.3 Zweckverband Magdeburg - Umland
Vorlage: DS0177/06

- 4.4 Teilrückbau und Sanierung IKITA J.-Göderitz-Straße
Vorlage: DS0063/06

- 4.5 Komplettsanierung der Kindertagesstätte "Fridolin", G.-Hauptmann-
Str. 42
Vorlage: DS0143/06

- 4.6 Aus- und Umbau der Einrichtung "Montessori Kinderhaus",
Harsdorfer Str. 33/33a
Vorlage: DS0173/06

- 4.7 Ausweisung eines SO-Gebietes großflächiger Handelsbetriebe im B-
Plan Nr. 178-4 "Rogätzer Straße"
Vorlage: DS0140/06

- 4.8 Einleitung der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der
Landeshauptstadt Magdeburg - Neustadt
Vorlage: DS0144/06

- 4.9 Einleitung der 11. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der
Landeshauptstadt Magdeburg - Kannenstieg / Neustädter See
Vorlage: DS0145/06

- 4.10 Abwägung zum Bebauungsplan Nr. 267-3 "Leuschnerstraße"
Vorlage: DS0638/05

- 4.10.1 Beschlusspunkt 2.1

- 4.11 Satzung zum Bebauungsplan Nr. 267-3 "Leuschnerstraße"
Vorlage: DS0639/05

- 4.12 Änderung des Dynamisches Förderkonzeptes (Stadtumbau Ost)
Vorlage: DS0146/06

- 4.13 Errichtung einer Sendestation für Digitales Fernsehen mit einem 160 m Gittermast
Vorlage: DS0219/06

- 4.14 Errichtung eines Jugendclubs in der Rogätzer Straße 21, Bestätigung der HU-Bau
Vorlage: DS0067/06

- 4.15 Abwägung zum Bebauungsplan Nr. 238-5 "Franckestraße"
Vorlage: DS0242/06

- 4.15.1 Beschlusspunkt 2.2

- 4.16 Weiterführung der Lärmsanierung am Magdeburger Ring mit dem Bau einer zweiseitigen Lärmschutzwand Lübecker Privatweg
Vorlage: DS0194/06

- 5 Anträge

- 5.1 Überprüfung des Taxistellplatzkonzeptes Fraktion Die Linkspartei/PDS
Vorlage: A0084/06

- 5.1.1 Überprüfung des Taxistellplatzkonzeptes
Vorlage: S0107/06

- 6 Informationen

- 6.1 Freiwillige Zusammenschlüsse v. Hauseigentümern,
Gewerbetreibenden etc.in Anlehnung an BID-Modellen
Vorlage: I0130/06
- 6.2 Stellungnahme Dez. III zur Stadtteilentwicklungsplanung
Neustadt/Leipziger Büro KARO-Architekten
Vorlage: I0160/06
- 6.3 Sanierung und Umbau der Stadthalle
DS 0529/04 - Bestätigung der Vorplanung
Vorlage: I0136/06
- 7 Mitteilungen und Anfragen

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadtrat Reinhard Stern

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Olaf Czogalla

Stadtrat Jürgen Canehl

Stadtrat Bernd Krause

Stadtrat Walter Meinecke

Stadträtin Sabine Paqué

Stadtrat Wolfgang Wähnelt

Geschäftsführung

Frau Hannelore Kirstein

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Frank Schuster

entschuldigt

Stadtrat Hans-Jürgen Zentgraf

entschuldigt vertreten durch SR Schmicker

Beratende Mitglieder

Stadtrat Michael Stage

entschuldigt

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Stadtrat Stern eröffnete die Sitzung, begrüßte die Ausschussmitglieder, Vertreter der Verwaltung und anwesende Bürger. Er stellte fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist..

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde mit **7 - 0 - 1** bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 11.05.2006

Vom Amt 66 lag folgende Änderung zur Niederschrift vor.

Auf der Seite 17 unter Punkt 4.18 Aussage *Herr Gebhardt (Amt 66)*:

Der erste Satz ist zu streichen und wird ergänzt durch:

Inhalt der Nummer 19 sind Ergänzungsbauleistungen in den öffentlichen Verkehrsanlagen, die im Anschluss an den Versorgungsleitungsbaumaßnahmen der SWM durchgeführt werden.

Abstimmung zur korrigierten Niederschrift öffentlicher Teil vom 11.05.2006: 7 - 0 - 1

4. Beschlussvorlagen

4.1. Schönebecker Straße 122 ff.
Vorlage: DS0210/06

Herr Dr. Peters (Amt 61) brachte die Drucksache ein und erläuterte die Ablehnungsgründe zum Vorhaben. Der Antragsteller ist nicht gleichzeitig Bauherr.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr **beschließt** mit **7 Ja**-stimmen, **keiner Gegenstimme** und **1 Enthaltung** mit **Beschluss-Nr. StBV154-23(IV)06**:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr als Lenkungsausschuss für das Sanierungsgebiet Magdeburg-Buckau stimmt dem beiliegenden Konzept eines Investors für den Standort Schönebecker Straße 122 ff. nicht zu.

In Hinblick auf das durch den Investor angestrebte Baugenehmigungsverfahren zum Vorhaben SB-Markt und Getränkemarkt Schönebecker Straße 122 ff. versagt der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr das Einvernehmen zur Genehmigung nach § 145 BauGB.

- 4.2. Grundsatzabschluss zur langfristigen Nutzung und Sanierung des soziokulturellen Zentrums (ehemaliges Gutshaus bzw. Grundschule in Sohlen)
Vorlage: DS0165/06
-

Herr Overmann (FB 03) führte zur Drucksache ein. Der Ortschaftsrat Beyendorf/Sohlen berät erst am Montag über die Drucksache.

Stadtrat Stern schlug vor, dass der StBV in einer Sondersitzung vor Ort die Gegebenheiten anschauen sollte, um danach eine Entscheidung zu treffen. Im Antrag war die Terminstellung März und nun soll im Eilverfahren entschieden werden.

Für die Sanierung des ehemaligen Gutshauses sollte eine Kostenschätzung nach DIN vorliegen, auf deren Basis das komplexe Thema diskutiert werden kann. Vertreter des Ortschaftsrates sollten anwesend sein.

Herr Overmann (FB 03): Die Dachsanierung ist dringend notwendig und die Haushaltsmittel sind gesperrt. Der Kulturausschuss tagt zur Drucksache vor Ort.

Stadtrat Canehl sprach sich dagegen aus, nur zu dieser Drucksache eine Sondersitzung durchzuführen. Nach dem Ortschaftsrat und der Sitzung des Kulturausschusses könnte die Drucksache auf die nächste Sitzung des StBV vertagt werden.

Stadtrat Wähnelt schlug vor, dass der StBV an der Sitzung des Kulturausschusses teilnimmt und eine halbe Stunde vor der Stadtratssitzung sein Votum zur Drucksache abgibt.

Stadtrat Stern bat darum, da der Kulturausschuss nur unter kulturellen Aspekt die Drucksache betrachtet, dass der FB 03 eine Kostenschätzung nach DIN 276 vorlegt und die 2 Mio € untermauert.. Er befürchtet einen späteren Kostenaufwuchs, da bei alten Gebäuden immer mit Unbekannten gerechnet werden muss. Was bereits bekannt ist sollte vorgebracht werden.

Herr Schlenker (FB 03): Mit der Drucksache sollen die im Haushalt gesperrten Mittel zur Dachsanierung freigegeben werden. Diese Maßnahme ist zum Erhalt des Gebäudes unbedingt notwendig. Nutzungsvarianten sind erst noch zu erarbeiten. Es wird noch nicht die Gesamtsanierung beschlossen.

Stadtrat Stern ließ über den Vorschlag von Stadtrat Wähnelst abstimmen.

Die Drucksache wird vertagt. Die Mitglieder des StBV nehmen an der Sitzung des Kulturausschusses am Mittwoch, 28.06.06 um 16.30 Uhr in Beyendorf / Sohlen teil. Vor der Stadtratssitzung am 06.07.06 wird zur Drucksache in einer Sondersitzung des StBV ein Votum gegeben.

Abstimmung: 8 - 0 - 0

4.2.1. Änderungsantrag Haushaltsplan 2006 / CDU-Fraktion
Vorlage: DS0464/05/48

Der Antrag wurde mit der DS0165/06 vertagt.

4.3. Zweckverband Magdeburg - Umland
Vorlage: DS0177/06

Stadtrat Stern stellte fest, dass kein Vertreter des Dezernates I zur Einbringung der Drucksache anwesend ist.

Um die Absetzung der Drucksache zu verhindern, erklärte Herr Dr. Scheidemann (i.V. Bg VI), dass er die Drucksache einbringt.

Er begründete die Drucksache und legte die rechtliche Situation dar.

Herr Dr. Peters (AL 61) betonte den Stimmenanteil (50 %) der LH Magdeburg in der Satzung als gute Verhandlungsbasis.

Stadtrat Czogalla sieht in der Zweckverbandsgründung nicht die richtige Lösung für die LH Magdeburg. Es erfolgt keine finanzielle Beteiligung. Vielmehr ist eine Eingemeindung anzustreben. Die Umlandgemeinden profitieren von der LH Magdeburg und deren Einrichtungen, ohne finanziell unterstützend zu wirken. Die Stadt braucht die Einnahmen von Barleben und Osterweddingen. Was passiert, wenn die Stadt Magdeburg nicht zustimmt?

Stadtrat Stern sieht in der Drucksache die kleinste machbare Lösung, da die Eingemeindungen nicht kommen werden.

Stadtrat Wähnelst stimmt Stadtrat Czogalla zu. Ein Zweckverband ist nicht das, was gewollt wird. Wie wird der Stadtrat einbezogen? Die öffentlichen Bekanntmachungen (§ 15 der Satzung) im Amtsblatt des Landesverwaltungsamtes des Landes Sachsen-Anhalt – wer liest das? Die Einwohner schon gar nicht. Die Beteiligung sollte im Innenverhältnis geregelt werden. Mit § 2 der Satzung geht die Planungshoheit an den Zweckverband über. Die Änderung der Hauptsatzung wäre mit der Drucksache zu koppeln.

Herr Dr. Scheidemann (i.V. Bg VI): Mit der Hauptsatzung kann die interne Beteiligung des Stadtrates geregelt werden. Der StBV kann dies über Änderungsantrag anregen.

Als Oberzentrum sollte die LH Magdeburg den ersten Schritt nicht verweigern und eine politische Aussage treffen. Das Stimmenverhältnis ist entscheidend und dies ist günstig. Es kann davon ausgegangen werden, dass nicht alle Gemeinden beitreten und somit eine Entscheidung vom Land getroffen werden wird.

Herr Dr. Peters (AL 61) sagte zu, dass die Regularien des BauGB eingehalten werden müssen und für die LH die Beteiligungsformen eingehalten werden. Mit der Drucksache sieht er die Vorstufe zur Stärkung der Region.

Stadtrat Canehl schließt sich den Ausführungen von Stadtrat Stern, Herrn Dr. Scheidemann und Herrn Dr. Peters an. Es wäre verkehrt abzulehnen. Mit Änderung der Hauptsatzung wäre die Beteiligung des Stadtrates gewährt.

Stadtrat Czogalla: Es bleibt eine Pseudoform und ist wie bei einer Gesellschafterversammlung zu sehen. Den Vertretern ist das Votum des Stadtrates mitzugeben.

Stadtrat Wähnelt stellte den Antrag:

Zur Sicherung der bisherigen Beteiligung und Rechte des Stadtrates für die Flächennutzungsplanung der LH Magdeburg ist ein Passus in die Hauptsatzung dahingehend aufzunehmen, dass das Verbandsmitglied der Stadt Magdeburg an die Beschlussfassung des Stadtrates gebunden ist. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die entsprechende Hauptsatzungsänderung vorzubereiten.

Stadtrat Stern merkte an, dass sich die Gemeinden ihre Planungshoheit nicht nehmen lassen werden und mit Änderung der Hauptsatzung sollte der Drucksache zugestimmt werden. Er ließ über den Antrag von Stadtrat Wähnelt abstimmen.

Abstimmung zum Antrag: 8 - 0 - 0

Abstimmung zur Drucksache unter Beachtung des Antrages: 8 - 0 - 0

4.4. Teilrückbau und Sanierung IKITA J.-Göderitz-Straße Vorlage: DS0063/06

Herr Geiger (FB 03) brachte die Drucksache ein.

Stadtrat Stern: Ein Neubau ist ausgeschlossen? Werden Holz- oder Kunststofffenster eingebaut? In diesem Zusammenhang verwies er auf einen entsprechenden Beschluss des Stadtrates hin. Das Landesverwaltungsamt hatte ebenfalls Sonnenschutzmaßnahmen kritisiert und auf kostengünstigere Rollos hingewiesen.

Herr Geiger (FB 03): Ein Neubau würde gegenüber der Variante 1 um 300 T € teurer werden. Aufgrund der Bevölkerungsentwicklung hat der Stadtrat die Grundsatzaufgabe Sanierung beschlossen. Die Energieversorgung bleibt unverändert und die Fensterfrage ist noch offen.

Stadtrat Krause merkte an, dass Aufwertung anerkannt wird. Dennoch verstehen die Bürger die Umverteilung der Mittel nicht.

Stadtrat Meinecke verwies auf die Diskussion im Ausschuss zur Fertigbauteilweise von Kita- und Schulgebäuden. Wenn kein Rückbau erfolgt, sollte überlegt werden, was günstiger ist. Ein Neubau sollte in's Kalkül gezogen werden.

Aus pädagogischer Sicht hält Frau Paqué die Variante 2 für die bessere. Auf ein Zugang für Rollstuhlfahrer sollte nicht verzichtet werden.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr **beschließt einstimmig mit 8 Ja-stimmen mit Beschluss-Nr.StBV155-23-(IV)06**

Die HU-Bau für die Sanierung der integrativen Kindertagesstätte „Fliederhof“ in der J.-Göderitz-Straße in Magdeburg ist auf der Basis der Variante 1 zu erarbeiten.

4.5. Komplettsanierung der Kindertagesstätte "Fridolin", G.-
Hauptmann-Str. 42
Vorlage: DS0143/06

Herr Schlenker (FB 03) brachte die Drucksache ein. Die Baumaßnahmen werden durch den Träger selbst umgesetzt.

Stadträtin Paqué merkte an, dass eine behindertengerechte Gestaltung vorgeschrieben werden sollte.

Stadtrat Canehl. Es sollte keine Vorentscheidung getroffen werden. Die Mittel in Höhe von 444.000 € sind nicht eingeordnet. Das Mehrzweckgebäude ist eine zusätzliche Baumaßnahme.

Herr Schlenker (FB 03): Komplimentärmittel sind zu beantragen und die Drucksache wird unter Vorbehalt bestätigt.

Stadtrat Stern regte an, im Punkt 4 sind die Holzfenster durch Kunststofffenster zu ersetzen. Es ist kein denkmalgeschütztes Gebäude. Warum muss der Sonnenschutz motorisch betrieben werden? Bei dieser Fenstergröße reicht eine manuelle Betreibung aus.

Stadtrat Wähnelt hält motorisch betriebenen Sonnenschutz für nicht nötig. Der Beschluss des Stadtrates greift hier nicht, da das Hochbauamt nicht Träger ist.

Stadtrat Stern ließ sich die geplanten Arbeiten zur Außenanlage erklären. Er stellte von der **Begründung zur Drucksache Seite 4 Nr. 4 Fenster** nachfolgendes zur Abstimmung:

1. Der Sonnenschutz wird manuell betrieben.

Abstimmung: 7 - 0 - 1

2. Fenster und Fenstertüren werden durch PVC-Elemente ersetzt.

Abstimmung: 3 - 4 - 1 abgelehnt

**Abstimmung zur Drucks.0173/06 unter Beachtung der Änderung Nr. 4 in der Begründung
8 - 0 - 0**

- 4.6. Aus- und Umbau der Einrichtung "Montessori Kinderhaus",
Harsdorfer Str. 33/33a
Vorlage: DS0173/06
-

Herr Schlenker (FB 03) führte zur Drucksache ein. Die Finanzierung soll durch 10 % Eigenanteil, 40 % kommunal und 50 % Landesförderung erfolgen. Ein taktiles Gebäudeleitsystem für Sehbehinderte ist geplant.

Stadtrat Stern wies darauf hin, dass auch hier gemäß Stadtratsbeschluss alternativ Kunststofffenster auszuschreiben sind.

Abstimmung zur Drucks.0173/06: 8 - 0 - 0

- 4.7. Ausweisung eines SO-Gebietes großflächiger Handelsbetriebe
im B-Plan Nr. 178-4 "Rogätzer Straße"
Vorlage: DS0140/06
-

Herr Dr. Scheidemann (i.V.Bg VI) brachte die Drucksache ein.

Stadtrat Wähnelt: Das GMA Gutachten sagt aus, dass der Versorgungsstandort vorrangig autokundenorientiert ist. Des Weiteren liegt er in Randlage und dies ist in der Begründung nicht richtig dargestellt. Das Gros der älteren Menschen wohnt zwischen Pappelallee und Lüneburger Straße und der Nahversorgungsbereich Agnetenstraße ist gefährdet. Dieser Standort ist weit weg vom ÖPNV und dem Zentrum Alte Neustadt.

Für Stadtrat Meinecke ist die Ansiedlung an diesem Standort sinnvoll. Der Sparmarkt ist nach seiner Ansicht nicht in Gefahr, er hat die Eröffnung des Kauflandmarktes auch verkraftet. Die Ansiedlung komplettiert bzw. vervollständigt die Angebotspalette und gekauft wird dort, wo es am preiswertesten ist. Er spricht sich für die Drucksache aus.

Stadtrat Canehl: Jeder neue Vollsortimenter schwächt die Innenstadt und der Ausschuss hat bereits andere Neuvorhaben abgelehnt. Es wäre anderen gegenüber ungerecht. Mit der Randlage Alte Neustadt kann er sich nicht anfreunden. Die Empfehlung des GMA Gutachten ist vernünftig und er stimmt der Drucksache nicht zu.

Stadtrat Stern sieht ebenfalls die Agnetenstraße gefährdet. Es wird der Autoverkehr mehr angesprochen und die Sieverstorstraße kann sich nicht fußläufig entwickeln.

Stadtrat Czogalla merkte an, dass man von Fall zu Fall entscheiden muss. In Ottersleben wurden auch 3-4 Märkte im Umfeld angesiedelt. Gewerbe sollte zugelassen werden, da sich der Hafen und die Uni weiterentwickeln.

Stadtrat Schmicker sieht die vorhandenen Märkte nicht gefährdet.

Herr Dr. Scheidemann (i.V. Bg VI) sieht keine Konkurrenz für die Agnetenstraße. Es muss zukunftsorientiert gehandelt werden. Im Wissenschaftshafen sind Wohnbebauung und Plätze für Hausboote geplant. Durch städtebauliche Entwicklungsplanungen sollen Mißstände zum Verkehr und Lärm beseitigt werden. Die geplante Flächenarrondierung schließt die Entwicklung diesen Standortes ein.

Stadträtin Paqué: Diese Aussagen stehen so nicht in der Drucksache.

Stadtrat Wähnelt: Zum Verkehr Mühlenwerke wurde anders beschlossen (separate Zufahrt). Eine Wohnansiedlung Handelshafen wird es nicht geben.

Herr Dr. Scheidemann (i.V. Bg VI): Es gibt Interessenten und es besteht eine Geschäftsverzahnung SWM / Mühlenwerke.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr **lehnt** mit **3 Ja**-stimmen, **3 Nein**-stimmen und **2 Enthaltungen** mit **Beschluss-Nr. StBV156-23(IV)06** :

*Der Bauausschuss stimmt zu, dass entgegen dem Gutachten der Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung mbH, Ludwigsburg (GMA) zum Standort für einen Lebensmittelvollsortimenter im Stadtteil Magdeburg – Alte Neustadt vom April 2005 eine solche Ansiedlung an der Rogätzer Straße erfolgen kann. Hierzu wird im B-Plan Nr. 178-4 „Rogätzer Straße“ ein SO-Gebiet für großflächige Handelsbetriebe ausgewiesen. **ab.***

4.8. Einleitung der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP)
der Landeshauptstadt Magdeburg - Neustadt
Vorlage: DS0144/06

Herr Dr. Peters (Amt 61) führte zur Drucksache ein.

Abstimmung zur Drucks.0144/06: 6 - 0 - 1 (SR Czogalla abwesend)

- 4.9. Einleitung der 11. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Landeshauptstadt Magdeburg - Kannenstieg / Neustädter See
Vorlage: DS0145/06
-

Herr Dr. Peters (Amt 61) brachte die Drucksache ein.

Abstimmung zur Drucks.0145/06: 8 - 0 - 0

- 4.10. Abwägung zum Bebauungsplan Nr. 267-3 "Leuschnerstraße"
Vorlage: DS0638/05
-

Herr Dr. Peters (Amt 61) erläuterte den Beschlussvorschlag.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr **beschließt** mit **6 Ja**-stimmen, **keiner** **Gegenstimme** und **2 Enthaltungen** mit **Beschluss.-Nr. StBV158-23(IV)06**

1. *Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange und der öffentlichen Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplanes Nr. 267-3 „Leuschnerstraße“ in den Stellungnahmen vorgebrachten Anregungen hat der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr der Landeshauptstadt Magdeburg gemäß § 1 Abs. 7 und § 3 Abs. 2 BauGB mit folgendem Ergebnis geprüft.*
 - 1.1 *Der Berücksichtigung der Stellungnahmen entsprechend dem Abwägungsergebnis wird zugestimmt. Die Abwägung, Anlage zur Drucksache, wird gebilligt.*
 2. *Zur Behandlung der Anregungen ergeht folgender Einzelbeschluss:*
 - 2.1 *Städtischer Abfallwirtschaftsbetrieb, (Schreiben vom 27.05.2004)*
 - lfd. Nr. 36, Seite 5 Abwägungskatalog
 - a) *Anregungen und Hinweise:*
Der gegenwärtige Standort der Wertstoffcontainer sollte beibehalten und in die Grünanlage/Spielplatz integriert werden.
 - b) *Abwägung:*
Der gegenwärtige Wertstoffcontainerplatz liegt nun in der Mitte der Spielplatzparzelle und kann schon aus diesem Grund nicht beibehalten werden. Bei der geringen Größe des Spielplatzes (325 qm) ist er auch nicht in diesem integrierbar.
- Beschlussvorschlag:*
Der Anregung wird nicht gefolgt.
3. *Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die Bürger, Behörden und Träger öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.*

4.10.1. Beschlusspunkt 2.1

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr **beschließt** mit **6 Ja**-stimmen, **keiner Gegenstimme** und **2 Enthaltungen** mit **Beschluss.-Nr. StBV157-23(IV)06**

Der Anregung wird nicht gefolgt.

4.11. Satzung zum Bebauungsplan Nr. 267-3 "Leuschnerstraße" Vorlage: DS0639/05

Herr Dr. Peters (Amt 61) führte zur Drucksache ein.

Stadtrat Stern erkundigte sich nach dem Realisierungsstand zum Spielplatz des Investor der Seestraße. Bis zur Stadtratssitzung sind den Ausschussmitgliedern der Sachstand schriftlich zuzuleiten.

Stadtrat Wähnelt merkte an, dass im Bebauungsplan die Festsetzung zum externen Ausgleich fehlen. Dies sollte bis zur Stadtratssitzung redaktionell nachgetragen werden. Er stellte den Antrag:

*Die Aussage aus der Begründung Seite 8 **Umweltschutz** zum externen Ausgleich (letzter Absatz) ist als § 12 in die Festsetzungen des Bebauungsplanes aufzunehmen.*

Abstimmung zum Antrag: 6 - 0 - 2

Abstimmung zur Drucks.0639/06: 7 - 0 - 1

4.12. Änderung des Dynamisches Förderkonzeptes (Stadtumbau Ost) Vorlage: DS0146/06

Stadtrat Stern erklärte sein Mitwirkungsverbot und übergab Stadtrat Czogalla den Vorsitz.

Herr Dr. Peters (Amt 61) brachte die Drucksache ein und legte die Änderung dar.

Stadtrat Krause bedauert die Rücknahme des letzten Objektes der Aufwertung für Olvenstedt. Es fehlte nur eine geringe Summe, um die Maßnahme zu realisieren.

Stadtrat Czogalla merkte an, dass Olvenstedt in jedem Jahr bei der Aufwertung enthalten ist.

Stadtrat Cahnel sprach sich dafür aus, dass dort investiert wird, wo es sich lohnt. Stadtteile, welche nicht mehr zu retten sind (Südost), sollten nicht aufgenommen werden. Dort werden sonst nur Hoffnungen geweckt, die nicht erfüllt werden können. Die Mitte ist zu stärken.

Stadtrat Meinecke: Es ist wünschenswert. Aber die Mitglieder von Gesellschaften kennen die finanzielle Situation und dies ist zu beachten.

Dem widersprach Stadtrat Schmicker und freut sich, dass der Stadtteil Südost aufgenommen wurde.

Stadtrat Wähnelt: Vom Grundsatz her war Olvenstedt immer im Programm. Der Aussage von Stadtrat Canehl kann er nicht folgen. So kann man nicht mit einem Stadtteil verfahren. Es sollte sich auf überlebensfähige Bereiche konzentriert werden.

Abstimmung zur Drucks.0146/06: 5 - 1 - 1 (SR Stern befangen)

Stadtrat Stern übernimmt wieder den Vorsitz.

4.13. Errichtung einer Sendestation für Digitales Fernsehen mit einem
160 m Gittermast
Vorlage: DS0219/06

Herr Dr. Peters (Amt 61) brachte die Drucksache ein.

Für Stadtrat Czogalla ist die Erreichbarkeit entscheidend und somit Vorzugsstandort der Gübser Weg.

Stadtrat Canehl schließt sich dem an und stellt den Änderungsantrag:

Im Beschlusspunkt 1. letzter Satz sind die Worte

*an der Langen Lake für Flur 276, Flurstück 1098/50 durch **am Gübser Weg** zu ersetzen.*

Herr Dr. Peters (Amt 61) wies darauf hin, dass keine Variantenentscheidung zu treffen ist. Für den Gübser Weg liegen bereits Beschwerden von Bürgern und Betrieben vor.

Herr Kapelle (Dez. III Team 4) ergänzte, dass die 78 % Versorgung sich auf sogenannte Stummelantennen / Laptop beziehen. Für Zimmerantennen ist der Empfang gewährleistet.

Abstimmung zum Antrag von Stadtrat Canehl: 3 - 3 - 2 **abgelehnt**

Abstimmung zur Drucks.0219/06: 8 - 0 - 0

4.14. Errichtung eines Jugendclubs in der Rogätzer Straße 21,
Bestätigung der HU-Bau
Vorlage: DS0067/06

Herr Dr. Scheidemann (i.V. Bg VI) brachte die Drucksache ein und führte kurz zur Thematik ein.

Die anwesenden Mitarbeiter des Entwicklungsträgers stellten die Finanzierung und einzelnen Baumaßnahmen dar.

Stadtrat Wähnelt bedauert die vertane Chance, das Gebäude straßenbegleitend zu bauen. Somit wäre eine größere Freifläche entstanden.

Stadtrat Stern gab zu bedenken, dass das Ordnungsamt keinen Platzverweis aussprechen kann, wenn der Bereich öffentlich zugänglich bleibt. Es bleiben kaum Freiflächen und somit kein Platz für Sportflächen. Fenster bis in Fußbodenhöhe sind teuer und stellen eine Gefahr dar. Fitnessbereiche sind in Magdeburg in großer Zahl vorhanden. Sind diese jetzt in Kinder- und Jugendeinrichtungen so üblich? Welche Nutzungen finden in den großen Mehrzweckräumen statt?

Könnte das Gebäude noch gedreht werden? Somit wäre bei Veranstaltungen durch das Gebäude eine Lärmabschirmung zur vorhandenen Wohnbebauung gegeben und es entstehen größere Freiflächen.

Stadtrat Canehl merkte an, dass die Vorgabe vor sah, die Kubatur des alten Gebäudes einzuhalten.

Stadtrat Czogalla fragte, ob die Stadt sich einen solchen Luxusjugendclub leisten kann? Er muss für alle Jugendlichen der Stadt offen und nutzbar sein und darf nicht nur einer bestimmten Gruppe dienen.

Frau Arnold (Amt 51): Fitnessbereiche werden von den Jugendlichen gefordert, da die Studios zu teuer für sie sind. Die Personalstellen des Sasse Clubs führen den neuen Club kommunal weiter.

Herr Dr. Scheidemann (i.V. Bg VI): Die Nutzungen entstanden im Dialog mit den Jugendlichen. Die Förderung aus URBAN 21 fordert einen gewissen Teil an integrativen sozialen Leistungen. Bei der Suche eines Standortes wurde auf Grundstücke im Bestand geschaut. Die Möglichkeit einer Drehung des Gebäude könnte bis zur Stadtratssitzung geprüft werden.

Herr Schlenker (FB 03) merkte an, dass es nicht der erste Neubau eines Jugendclubs in der Stadt ist (Neu-Olvenstedt / Weizengrund).

Frau Amann (KGE, ET): Der Fördergeberbescheid liegt vor. Unter Beachtung des Erhaltes der Bäume wird die Möglichkeit zur Veränderung des Gebäudes geprüft.

Stadtrat Stern beantragte, die Drucksache zu vertagen und bis dahin wird von der Verwaltung die Möglichkeit der Drehung des Gebäudes geprüft. Das Gebäude sollte straßenbegleitend angeordnet sein und eine größere Freiflächengestaltung ermöglichen.

Dem stimmten alle zu.

Über diese Drucksache wird vor der Stadtratssitzung am 06.07.06 in einer Sondersitzung beraten.

Herr Dr. Peters (Amt 61) begründete die erneute Abwägung damit, dass der Stadtrat beim Satzungsbeschluss den Bebauungsplan geändert beschlossen hat. Diese Änderung hat wiederum Auswirkungen auf die bereits vom StBV beschlossene Abwägung. Um den Bebauungsplan rechtssicher zu haben, ist der Abwägungsbeschluss zu heilen.

Stadtrat Wähnelt bedauert, dass die Verwaltung so schnell aufgegeben hat. Somit stimmt auch die Ausgleichsbilanz nicht.

Abstimmung zum Beschlusspunkt 2.2: 3 - 3 - 2

Stadtrat Canehl zweifelt das Abstimmungsergebnis an. Stadtrat Stern ließ erneut über den Beschlusspunkt 2.2 abstimmen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr **beschließt** mit **5 Ja**-stimmen, **3 Nein**-stimmen und **keiner** Enthaltung mit **Beschluss-Nr. StBV159-23(IV)06**
Der Anregung wird gefolgt

Stadtrat Stern ließ über die Drucksache gesamt abstimmen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr **beschließt** mit **5 Ja**-stimmen, **3 Nein**-stimmen und **keiner** Enthaltung mit **Beschluss-Nr. StBV160-23(IV)06**

1. *Die in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr am 11.05.2006 gefassten Beschlüsse Nr. StBV143-22-(IV)06 und Nr. StBV145-22-(IV)06 werden aufgehoben.*
2. *Zur Behandlung der Anregungen wird folgender Einzelbeschluss neu gefasst:*
 - 2.2 *Eigenbetrieb Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg, Stellungnahme vom 29.06.04*
 - a) *Anregung: Bedenken zum Anpflanzen von Bäumen auf der Südseite der Hasselbachstraße aufgrund des Untergrundes*
 - b) *Abwägung: Die in der Stellungnahme dargestellten zu erwartenden Probleme bezüglich des Untergrundes sind für den Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg nachvollziehbar. Daher wird auf eine entsprechende Anpflanzung von Bäumen an dieser Stelle verzichtet.*

Beschluss 2.2: Der Anregung wird gefolgt.

3. *Mit dem neu gefassten Einzelbeschluss wird der Berücksichtigung von Stellungnahmen entsprechend dem Abwägungsergebnis zugestimmt.*
4. *Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemäß § 3 Abs. 2 BauGB den Eigenbetrieb Stadtgarten und Friedhöfe Magdeburg von diesem Ergebnis der Abwägung unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.*

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr **beschließt** mit **5 Ja**-stimmen, **3 Nein**-stimmen und **keiner** Enthaltung mit **Beschluss-Nr. StBV159-23(IV)06**
Der Anregung wird gefolgt

- 4.16. Weiterführung der Lärmsanierung am Magdeburger Ring mit dem Bau einer zweiseitigen Lärmschutzwand Lübecker Privatweg
Vorlage: DS0194/06
-

Herr Warschun (Amt 31) führte zur Drucksache ein.

Stadtrat Stern regte an, um Grafitti zu verhindern, am Fuße der Lärmschutzwände stehende Gewächse zu pflanzen.

Stadtrat Wähnelt lies sich die weitere Verfahrensweise zum Lärmschutz am Magdeburger Ring erklären.

Stadtrat Canehl merkte an, dass Lärmschutzmaßnahmen vielseitig gefordert werden.

Herr Gebhardt (Amt 66). Lärmsanierungsmaßnahmen sind freiwillig. Maßnahmen, welche gesetzlich Pflicht sind, können gefördert werden.

Abstimmung zur Drucks.0194/06: 8 - 0 - 0

5. Anträge

- 5.1. Überprüfung des Taxistellplatzkonzeptes Fraktion Die Linkspartei/PDS
Vorlage: A0084/06
-

Herr Gebhardt (Amt 66) erläuterte die Stellungnahme der Verwaltung, welche dem Antrag folgen kann.

Abstimmung zum Antrag0084/06: 7 - 0 - 1

5.1.1. Überprüfung des Taxistellplatzkonzeptes
Vorlage: S0107/06

Der Ausschuss nahm die Stellungnahme zur Kenntnis.

6. Informationen

6.1. Freiwillige Zusammenschlüsse v. Hauseigentümern,
Gewerbetreibenden etc.in Anlehnung an BID-Modellen
Vorlage: I0130/06

Stadtrat Stern stellte fest, dass bei den vorgestellten möglichen Modellen die Leiterstraße fehlt. Es gibt mehrere machbare Möglichkeiten. Initiative Vorläufer des BID werden im Land diskutiert.

Herr Klaffehn (Team 2) wird dies prüfen, denn Bedarf besteht.

Stadtrat Czogalla führte aus, dass der Wirtschaftsausschuss über dieses Thema wiederholt diskutiert hat. Es gibt ausgewählte Gebiete mit hohem Standard. Grundanliegen ist es, dafür Sorge zu tragen, dass das Umfeld verbessert wird. Die Stadt und Unternehmen sollten auf Bereiche der Stadtrandlage einwirken.

Herr Klaffehn (Team 2): Es basiert auf freiwilliger Basis und die Unternehmen befinden sich im Vereinsfindungsprozess. Beim Engpass Buckau müssen die Eigentümer zur Mitarbeit gewonnen werden.

Der Ausschuss nahm die Information zur Kenntnis.

6.2. Stellungnahme Dez. III zur Stadtteilentwicklungsplanung
Neustadt/Leipziger Büro KARO-Architekten
Vorlage: I0160/06

Stadtrat Stern verlas den Antrag des StBV. Es sollte die Entwicklung auf der Basis eines Brachflächenkatasters vorgestellt werden. Termin war Stadtrat Märzsession 2006. Wieso liegt eine Informationsvorlage zum Antrag vor. Eigentlich wird zum Antrag eine Stellungnahme erarbeitet.

Stadträtin Paqué findet es ärgerlich, dass die Vorlage keine Absätze und vermarktbar Ideen enthält.

Herr Kapelle (Dez. III Team 4) zeigte Pläne mit der Übersicht der Gewerbegebiete und wo Handlungsbedarf besteht. Die Nutzung sollte von innen nach außen erfolgen. Natur auf Zeit ja aber keine Änderung.

Stadtrat Czogalla sieht mit der Informationsvorlage den Antragsauftrag als erfüllt. Die gezeigten Pläne sollten an die Stadträte ausgegeben werden.

Stadtrat Wähnelt stellte fest, dass der Inhalt nicht mit der Stadtteilentwicklungsplanung übereinstimmt. Soll eine Stadtteilentwicklungsplanung stattfinden?

Herr Kapelle (Dez. III Team 4): Das Büro KARO-Architekten ist mehr auf Wohnnutzung eingegangen.

Stadträtin Paqué stellte fest, dass in der Verwaltung unterschiedliche Positionen zur Entwicklung bestehen.

Stadtrat Canehl: Das Büro KARO-Architekten kommt aus Leipzig und dort gibt es gute und erfolgreiche Erfahrungen mit Nutzung von Brachen. Es sollte ein besserer Austausch zwischen den Ämtern erfolgen.

Herr Dr. Peters (Amt 61): Bei den zwei B-Plänen „Gröperstraße“ und „Brauerei“ gibt es keinen Investorendruck. Eine Entwicklung der Gewerbegebiete kann nicht bestätigt werden. Beim Resümee Magdeburg 21 muss festgestellt werden, dass Bahnflächen als Gewerbeflächen zu nutzen nichts realisiert wurde. Ein Entwicklungsdruck ist nicht da.

Herr Kapelle (Dez. III Team 4): Das liegt an der Erschließung.

Stadtrat Meinecke: Das Büro KARO-Architekten hat versucht Zwischenlösungen aufzuzeigen. Wo es sich anbietet zu gestalten, alles wachsen lassen. Industriebrachen, wo keine Entwicklung gesehen wird mit minimalen Mitteln gestalten, um weiteren Verfall zu verhindern.

Der Ausschuss nahm die Information zur Kenntnis.

6.3. Sanierung und Umbau der Stadthalle
DS 0529/04 - Bestätigung der Vorplanung
Vorlage: I0136/06

Stadträtin Paqué hinterfragte die Lebenserwartung des Bauwerkes.

Herr Jahnel (Amt 65) erläuterte ausführlich den Tragwerksaufbau und die Gründungsprobleme.

Der Ausschuss nahm die Information zur Kenntnis.

7. Mitteilungen und Anfragen

1. **Herr Dr. Peters (Amt 61)** stellte die redaktionelle Änderung des Bebauungsplanes „Lemsdorf-Klinketal“ gemäß Antrag DS0069/06/1, *die öffentliche Grünfläche zu reduzieren*, vor.

Ein 10m breiter Gewässerschonstreifen + 4m für Fuß- und Radweg entlang der Klinke sowie der Kinderspielplatz (400 m²) bleiben öffentliche Grünfläche. Somit erfolgte eine Reduzierung der öffentlichen Grünfläche um ca. 7.000 m².

Mit dieser Änderung sollen die Drucksachen zum Bebauungsplan „Lemsdorf-Klinketal“ erneut in den Stadtrat. Würde der StBV dem so folgen?

Stadtrat Czogalla merkte an, dass sich somit der Grundstückszuschnitt ändert. Es ergeben sich

Grundstücke mit Ausweisung Bauland und im hinteren Bereich dann Gartenland.

Stadtrat Stern verweist auf die Abstimmung mit dem SFM.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr geht mit dem Vorschlag der vorgestellten Reduzierung des öffentlichen Grüns im Bebauungsplan mit. Die Drucksache kann mit dieser redaktionellen Änderung dem Stadtrat erneut zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

2. **Stadtrat Stern** bat die Verwaltung zu prüfen:

- ob für die Gustav-Rickert-Straße verkehrsberuhigende Maßnahmen veranlasst werden können, da es vermehrt zu Unfällen gekommen ist.
- einen Kreisverkehr im Bereich TEP/TAP anzuordnen statt einer neuen LSA.

21.05 Uhr Ende der öffentlichen Sitzung.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Reinhard Stern
Vorsitzende/r

Hannelore Kirstein
Schriftführer/in

